

Ingolstadt, im Juni 2013

Offener Brief

Sehr geehrte Abgeordnete des Bundestags und des Bayerischen Landtags, werte Volksvertreter,

Edward Snowdens Enthüllungen über die Praktiken britischer und amerikanischer Geheimdienste beunruhigen uns. Ja, sie machen uns Angst. Wir wissen jetzt, dass Regierungen und deren Behörden mittels digitaler Technik unser Leben überwachen und kontrollieren können. Sie hören unsere Anrufe ab, öffnen unsere E-Mails, verfolgen unsere Wege und schauen in unsere Konten. Selbst zu Hause sind wir vor ihren Blicken nicht sicher. Alles, was wir tun, können sie aufzeichnen und bei Bedarf betrachten. Anders ausgedrückt: Fremde Menschen und Mächte, deren Absichten wir nicht kennen, entscheiden darüber, ob wir noch ein Privatleben haben oder nicht.

Vor dieser Wirklichkeit verblassen Stasi-Methoden und orwellsche Horrorktionen. Gerade deshalb fragen wir uns, warum unsere Kanzlerin Angela Merkel dazu schweigt und warum unsere Regierung so wenig dagegen tut. Verletzt es nicht die Souveränität der Bundesrepublik Deutschland, wenn ausländische Regierungen unseren Internetverkehr ausspähen? Und müssen wir nicht annehmen, dass wir längst auch von den deutschen, also unseren eigenen Geheimdiensten überwacht werden?

Im Artikel 1 des deutschen Grundgesetzes steht: *„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen, ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“* Zu dieser Würde gehört unabdingbar das Recht auf Privatheit. Wir erwarten von unserer Regierung, dass sie dieses Recht schützt und verteidigt. Nur so kann jenes Vertrauen entstehen, das Sicherheit schafft und offene, bürgerliche Gesellschaften wie ein unsichtbares Band zusammenhält. Doch unser Vertrauen in den Staat und seine Institutionen schwindet. Unternehmen wie Google und Facebook trachten ebenso wie Sicherheitsbehörden und Geheimdienste ungeniert nach privaten Daten, ohne dass unsere Regierung und unsere Gerichte sie daran hindern. So werden wir zu Untertanen degradiert.

Der DONAUKURIER und seine Heimatzeitungen setzen sich seit Jahren für Datenschutz und den Erhalt der privaten Autonomie ein. Deshalb bitten wir Sie als unsere Abgeordnete in den Parlamenten dringend um Unterstützung. Wir brauchen Ihre Hilfe. Sie haben den demokratischen Auftrag, die Bürger zu vertreten und sich mit ganzer Kraft für ihre Belange einzusetzen. Dabei sind Sie nur Ihrem Gewissen verpflichtet und nicht einer Parteiräson. Wir appellieren an Sie, dieser Pflicht gerecht zu werden. Bewahren Sie uns davor, ausgespäht zu werden. Es geht um unsere Würde. Es geht um unsere Freiheit.

Mit freundlichen Grüßen



Georg Schöff

Herausgeber des DONAUKURIER
und seiner Heimatzeitungen



Gerd Schneider

Chefredakteur